

Wilsdruffer Tageblatt

Versprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Erstmalig mit Kautschuk der Rhein- und Festung nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Preis pro Blatt bei Selbstabholung monatlich 20. durch unsere Vertreter gegen Vorzahlung in der Stadt monatlich 25. auf dem Lande 30. durch die Post bezogen monatlich 30. mit Zustellungsgebühr. Alle Poststellen und Postämter sowie unsere Vertreter und Geschäftsstellen nehmen bezogen Zeitungen entgegen. Im Falle späterer Ermittelung, dass ein Abonnent die Zeitungen nicht abgeholt, wird die Lieferung der Zeitungen über den nächsten Tag hinaus nicht mehr versichert.



Infanteriereihe 20. für die 6 gelbsten Rekruten oder deren Namen, die 2 besten Korpspfeiler 20. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entbehrender Preisnachlass. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2 gelbsten Korpspfeiler 20. Auftragspreis 10 Pf. Anzeigenpreise sind vormittags 10 Uhr. Für die Nachtzeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Anzeigenschluss ist durch die Zeitungsredaktion eingezogen werden muss oder der Auftragsgeber ist verpflichtet.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Bässig, für den Inserententeil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 215

Donnerstag den 14. September 1922.

81. Jahrgang

Ämtlicher Teil.

Auf Blatt 14 des hiesigen Genossenschaftsregisters, die Landwirtschaftsbank Wilsdruff, e. G. m. b. H. betreffend, ist heute eingetragen worden, daß das Statut durch Beschluß vom 13. August 1922 wie folgt abgeändert worden ist: Der Geschäftsanteil ist auf 1000 Mark und die Pachtsumme für jeden Geschäftsanteil auf 5000 Mark festgesetzt worden.

Amtsgericht Wilsdruff, am 11. September 1922.

4719

Donnerstag den 14. September 1922, abends 6 Uhr öffentl. Sitzung der Stadtverordneten.

Wilsdruff, am 13. September 1922. Der Stadtverordnetenvorsteher.

Die Sparlaffenbücher Nr. 59690 lautend auf Bruno Voigt in Meißen, Nr. 58053 lautend auf Ida Triems in Gosshebaude, Nr. 33444 laut. a. Otto Rich. Brendel in Grumbach sind abhanden gekommen. Die etwaigen Inhaber der Bücher werden hiermit aufgefordert, ihre Ansprüche darauf binnen 3 Monaten hier geltend zu machen, andernfalls die Bücher als für ungültig erklärt gelten.

Wilsdruff, am 11. September 1922.

4720

Der Stadtrat.

Wir bitten höflich, Anzeigen bis vormittags 10 Uhr aufzugeben.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

Die Verhandlungen über die deutschen Sachwechsellösen sollen vor der Entscheidung der Reparationskommission in Paris zwischen deutschen und belgischen Vertretern nochmals aufgenommen werden.

Reichskanzler Dr. Wirth betonte in einer Unterredung über die Reparationsfrage die Notwendigkeit einer schleunigen Regelung.

Das Reichsfinanzministerium hat eine Verordnung über die Einschränkung des Verbrauchs von Zucker, Gerste und Obst erlassen.

Lloyd George will in der nächsten Woche vor dem Völkerbund in Genf über das Reparationsproblem sprechen.

In Bismarckhütte bei Kattowitz kam es zu blutigen Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Polizei.

Der Konflikt zwischen Törken und Engländern wegen der Freigabe der neutralisierten Dardanellen an die Kemalisten hat sich verschärft. Die Törken befinden sich im Anmarsch auf die Meerengen.

Genfer Kurzwort.

Während die Törken im nahen Orient ohne die Erlaubnis des hohen Völkerbundes auf ihre Weise Politik und Geschichte machen, sieht die erlöschende Völkerbundversammlung wieder einmal am Genfer See beisammen, um Reden mitanzuhören, vortreffliche Reden, und Kommissionen niederzusetzen, vortreffliche Kommissionen, und um Beschlüsse zu fassen, die ohne Zweifel noch viel vortrefflicher sein werden als alle Beschlüsse, die sie schon in früheren Tagungen zustandegebracht hat. Der Unterschied ist nur der, daß diese Reden und Beschlüsse heute schon längst nicht mehr das Echo in der Welt finden, das ihnen früher gewöhnlich war, daß sie heute vielmehr Mühe genug haben, sich inmitten des allgemeinen Lärmens über die Krisen und die Räte der Völker überhaupt noch Gehör zu verschaffen.

Was soll man auch groß dazu sagen, wenn die Völkerbundversammlung diesmal einen hiesigen Staatsmann zum Vorsitzenden machte, einen Mann, der gewiß besten Willens sein mag, die großen internationalen Weltprobleme mit heiligem Eifer zu studieren, der aber doch kaum die Fähigkeit besitzen kann, eine große parlamentarische Körperschaft von buntester Zusammensetzung mit fruchtbarem Geist zu erfüllen. Was soll man ferner dazu sagen, wenn diese höchste Vertretung der Gerechtigkeit und der Selbstbestimmung der Menschen über die flammenden Proteste der Saarländer gegen das Verbleiben eines Mannes in der saarländischen Regierung glatt zur Tagesordnung übergeht, der der ausgesprochene Vertrauensmann eben dieser Bevölkerung in der obersten Verwaltungsinanz des Landes sein soll. Noch gehört das Saarland staatsrechtlich wenigstens zu Deutschland, also braucht man sich nicht zu genieren. Frankreich besieht, und damit ist die Sache auch für den Völkerbund entschieden. Darf die danach der Freistaat Danzig auf eine bessere Behandlung seiner Klagen und Wünsche rechnen? Auch er wird auf dem Umweg über das Völkerreich von Frankreich bedroht, Grund genug, mit seinen natürlichen Rechten so umzugehen, daß die Polonisierung dieser urdeutschen Hansestadt immer rascher vorwärtsschreiten kann. Und wenn die deutsche Regierung sich in einer Note an den Völkerbund gegen völlig haltlose polnische Beschuldigungen in der Frage der Minderheitsbehandlung in Deutsch-Oberschlesien zur Wehr setzt, so hat sie nicht die mindeste Garantie dafür, daß diese ihre Verwahrung anderwärts endet als in dem Papierkorb dieser ehrwürdigen Versammlung, wo bereits manches Protestschreiben des Deutschen Reiches lang- und langlos verschwunden ist. Der Völkerbund redet eben nur, wo ihm von den Großen dieser Welt zu reden gestattet wird. Und Deutschen sollte aber dieses vielgeliebte Schweigen zum mindesten eine so deutliche Antwort sein, wie wenn wir ausnahmsweise einmal einer höflichen Ablehnung gewürdigt werden. Und dieses Verhalten des Völkerbundes wollen wir eingedenk sein, wenn wieder einmal die Zumutung an Deutschland gestellt wird, es soll in aller Form um seine Aufnahme in diese iondbare Gesellschaft der Nationen petitionieren.

Im Augenblick stehen die Abrüstungsfragen auf der Tagesordnung der Genfer Versammlung. Seitdem in Washington ein Flottenabbauprogramm Wirksamkeit

geworden ist, ohne daß der Völkerbund dazu bemächtigt worden war, möchte dieser aus begrifflichen Gründen natürlich auch die Landabrüstungsfrage endlich irgendwie aus dem Gebiete rein theoretischer Erörterungen herausführen. Diesmal sind es die Engländer, die mit bestimmten Vorschlägen auf diesem Gebiet nach Genf gekommen sind, Vorschläge, die natürlich zunächst noch keinem Menschen etwas zuleide tun würden; so der, daß alle Regierungen ersucht werden sollten, ihr Militärbudget einzuschränken und die statistischen Auskünfte über den Stand ihrer Rüstungen möglichst alljährlich zu erneuern; dann soll eine besondere Kommission für statistische Fragen eingesetzt werden, deren Arbeiten den praktischen Bedürfnissen mehr anzupassen wären, als es bisher geschehen ist, und drittens wird eine internationale Konferenz unter Teilnahme der Vereinigten Staaten zur Einschränkung der privaten Waffenfabrikation und des Waffenhandels angeregt, ebenso die Einberufung einer anderen internationalen Konferenz zwecks Ausdehnung der Washingtoner Marinekonvention auf die bisher an ihr nicht beteiligten Mächte. Man sieht, lauter „weiße Salbe“. Aber auch hier schon ergeben sich zwischen den englischen und französischen Bevollmächtigten kleine Reibungen, die erkennen lassen, mit welcher innerlichen Abneigung die französische Regierung diesen Verhandlungen gegenübersteht. Nach außen wird natürlich versichert, daß sie durchaus bereit sei, in der Abrüstungsfrage „aufrichtig und loyal“ mitzuarbeiten, in Wahrheit aber wird ungehämmert mit der Sabotierung schon der ersten Versuche auf diesem Wege begonnen, den Frankreich nicht zu beschreiten offenbar fest entschlossen ist. Auch bei dieser Gelegenheit ließ Herr Poincaré den Schrei nach Garantieverträgen ausstoßen, die England und Amerika ihm nicht bewilligen wollen, weil sie nicht daran denken können, weitgehende Verpflichtungen zur Befriedigung französischer Revanchelust einzugehen — und so sehen wir auch hier, im Kreise einer durch keinerlei „Barbarenium“ verunzierten Völkerfamilie, wachsendes Mißtrauen untereinander, wo angeblich nur reine Menschen- und Völkerverliebe das Szepter führt. Unter solchen Verhältnissen wird das allgemeine Interesse an den Genfer Verhandlungen sehr bald auf den Nullpunkt herabgedrückt. Wir können nicht finden, daß die Welt damit um ein Wenig ärmer werden wird.

Lloyd George geht nach Genf?

Ein englisches Blatt will wissen, daß Lloyd George sich zur Völkerbundversammlung nach Genf begeben wird. Er wird sich in der Frage, ob es ratsam sei, das gesamte Reparationsproblem offen vor der Völkerbundversammlung darzulegen, zweifellos von dem Kate Balfours und der anderen britischen Delegierten leiten lassen.

„Keine Zeit zu verlieren!“

Der Kanzler zur Reparationsfrage.

Reichskanzler Dr. Wirth gewährte mehreren ausländischen Pressevertretern eine Unterredung über den Verlauf der Verhandlungen mit Belgien, in der er folgendes bemerkte: Die deutsche Regierung hat ernstlich versucht, den Beschluß der Reparationskommission über die Verzinsung dieses Jahres zu einem positiven Ergebnis zu machen. Die autonome Reichsbank hat sich loyal zur Verfügung gestellt und sich bereit erklärt, die Sachwechsellösen zu unterschreiben und damit zu garantieren. Sie stellt allerdings die Bedingung, daß die Lauffrist über 6 Monate hinaus verlängert werden müßte. Dies war notwendig für ein noch kaufmännisches Gesehen und nach kaufmännischer Ehre handelndes Bankinstitut, weil die Reichsbank die Summe von 280 Millionen Goldmark nicht innerhalb 6 Monaten einlösen könnte. Ferner war die deutsche Regierung bereit, mit der Industriellen- und den deutschen Privatbanken in Verhandlungen über eine Sicherheit einzutreten und auch die bereits bestehende Fühlung mit dem Auslande, besonders mit England, wegen Übernahme eines Teiles der Garantien zu einem positiven Ergebnis zu führen.

Die kaufmännische Grundlage für ein Abkommen mit Belgien im Sinne des Beschlusses der Reparationskommission war also gegeben, und wenn es nur nach kaufmännischen Grundregeln gegangen wäre, so wäre ein Abschluß erzielt worden. Wir hätten davon eine weitausliche

Besserung der wirtschaftlichen und politischen Atmosphäre zu erwarten gehabt.

Die Welt hätte sich aller Wahrscheinlichkeit nach gebessert und wäre auf Monate hinaus stabil geworden. Deutschland hätte sich für den schweren Winter einrichten können, und mit aller Ruhe hätte man die Vorbereitungen für die große Reparationskonferenz treffen können, von der die Ruhe Europas abhängt. Leider ist dies alles in Frage gestellt worden, weil die belgische Regierung an dem Schema des Beschlusses der Reparationskommission festhielt, der von sechsmonatigen Sachwechsellösen spricht. Die Reparationskommission hat es auch jetzt noch in der Hand, das belgische Bedenken zu beseitigen, indem sie in eine Verlängerung der Lauffrist einwilligt. Dies wäre die einfachste Lösung der Lage.

Aber man darf keine Zeit verlieren, denn in dem Zustand, in dem sich Deutschland befindet, bedeutet jeder Tag eine Verschlechterung der Finanzlage und damit eine Verminderung der Reparationskraft.

Ich hoffe, daß die Wirkung der unentschiedenen Verhandlungen mit Belgien auf den Stand der Welt nicht allzu groß und nicht rudartig sein wird, und daß es gelingt, rasch zu einer Klärung der Situation zu kommen. Die deutsche Regierung ist zu jeder Regelung bereit, die sie nach gewissenhafter Prüfung vor dem deutschen Volke vertreten kann. Aber sie müßte es ablehnen, Verpflichtungen auf sich zu nehmen, von denen sie überzeugt ist, daß sie nicht geleistet werden können und daß sie auch gar nicht der Förderung des Hauptziels dienen, nämlich der endgültigen Lösung der Reparationsfrage und damit der endlichen Beruhigung Europas und der Welt.

Fortsetzung der Verhandlungen in Paris?

Nach zuverlässigen Meldungen erwartet man, daß ebenso wie die deutsche, auch die belgische Regierung die Garantieverhandlungen noch nicht als endgültig abgebrochen ansieht, und daß die Verhandlungen in Paris fortgesetzt werden. Die Staatssekretäre Schröder und Bergmann sind bereits dort und Delacroix und Bemelmans begeben sich ebenfalls an den Tagungsort der Reparationskommission, die um ihre Entscheidung wahrscheinlich erst befragt wird, wenn nochmals eine Rückfrage in Berlin stattgefunden hat. Die Frage der Hinterlegung von Golddepots ist noch ganz in der Schwebe, und besonders in London betont man, daß die Rückkehr der belgischen Delegierten aus Berlin nicht einen endgültigen Bruch bedeute. Die Hoffnung auf eine Regelung sei auf keinen Fall aufgegeben. Ein Vorschlag geht dahin, diese Frage dem Völkerbund zu überweisen.

Um die Dardanellen.

Türkischer Siegeswille.

Die Törken stellen sich auf Grund ihrer militärischen Erfolge jetzt auf den Standpunkt, die einzige Hoffnung für den Frieden im Orient sei, daß die britische Regierung einer bedingungslosen Rückertattung Adrianopels an die Törken und der Räumung Konstantinopels durch die Alliierten zustimme. Wenn die britische Regierung das tue, dann könnte eine Konferenz stattfinden, und die Törken könnten eine Internationalisierung der Meerengen und andere Fragen erörtern, wie z. B. das Verbleiben der Engländer in Basra und anderen Städten Mesopotamiens, wo England Interessen habe. Die Törken erhoben keinen Anspruch auf Mesopotamien.

Wenn aber die englische Regierung es ablehne, den Anspruch der Törken auf Adrianopel und die türkische Souveränität über Konstantinopel zuzugestehen, dann würden die Törken Mesopotamien überrennen und alles tun, was in ihrer Macht stünde, um den britischen Interessen entgegenzuarbeiten und die britische Herrschaft im Osten zu behudern.

Die einzige Hoffnung Großbritanniens beruhe nur darauf, daß es die Türkei zu seinem Freunde mache. Die Türkei trede England die Hand hin, es sei Englands Sache, sie zu ergreifen. Die Engländer denken jedoch gar nicht daran, die türkischen Wünsche zu bewilligen, und so